

# Breslauer Handels-Blatt.

24. Jahrg.

Abonnements-Preis: In Breslau  
frei ins Haus 1 Thlr. 15 Sgr. Bei den  
Post-Anstalten 1 Thlr. 20 Sgr.

Dienstag, den 20. October 1868.

Expedition: Herrenstraße 30.  
Inserionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für  
die Zeile.

Nr. 246.

## Versicherungswesen.

### Der deutsche Handelstag und das Privat-Versicherungswesen.

Breslau, den 20. Octbr.

Bereits seit drei Tagen conferirt der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages in einem der Säle der neuen Börse in Berlin, um die heute bevorstehende Versammlung des Handelstages einzuleiten und in dem Augenblicke, wo unser Blatt die Presse verlässt, hat der Handelstag seine erste, wie wir wünschen und hoffen wollen, segens- und folgenreiche Sitzung hinter sich. Wir werden darüber des weiteren ausführlich berichten.

Mit den großen Mängeln unserer deutschen Versicherungs-Gesetzgebung wird sich der deutsche Handelstag neben anderen wichtigen Vorlagen vornehmlich zu beschäften haben, nachdem vorher Seitens des volkswirtschaftlichen Congresses und des Juristentages eine eingängliche Verathung vorangegangen war. Die zu bewältigende Materie ist indessen keine leichte, zumal nur wenige Männer sich im Handelstage befinden, welche sich Theorie und Praxis des Versicherungswesens so zu eigen gemacht haben, daß sie aus eigener, meistens leider schlimmer Erfahrung zu schöpfen und zu berichten wissen werden. Und wie verschieden ist diese Theorie von der Praxis! Es werden dies diejenigen wenigen Männer bezeugen, denen diese Materie zu ihrem Lebensberufe dient. Der deutsche Handelstag hat zwar im Ganzen von dem volkswirtschaftlichen Congress und dem Juristentage vertretenen Standpunkt in dieser wichtigen Frage getheilt, allein — eine definitive Erklärung über seine Wünsche noch niemals abgegeben.

Da indessen, wie wir vernehmen, die im Ausschusse vertretenen Gegensätze sich soweit ausgeglichen haben sollen, daß nur noch über wenige Gegenstände, wie z. B. über die Eisenzölle und der von Hamburg beantragten Fabrikatsteuer und Verzollung fremden Zuckers, ein wesentlicher Dissens vorhanden ist, so nehmen wir an, daß die Versicherungsmaterie im Ausschusse bereits durchberathen und die zu fassenden Beschlüsse über die neue Gestaltung des Versicherungswesens mit einer an Einmüthigkeit grenzenden Uebereinstimmung gefaßt werden dürften. Das übersichtliche Material hierzu, hat der Handelstag, Dank den Bemühungen des Herrn Knoplauch aus Magdeburg, vollständig in Händen.

Möge auf allen Berathungen des Handelstages Segen ruhen.

— Auf unsere in Nr. 240 unseres Handelsblatts vom 13. enthaltene Mittheilung, betreffend die Seitens des Herrn Dr. Wiegand in Halle getroffenen Maßregeln zur Beschaffung der erforderlichen Unterlagen für die Mortalitäts- und Invaliditäts-Tabellen als Fundament für die Eisenbahn-Beamten-Pensions-Kasse und anlässlich einer unsererseits herangeknüpften Bemerkung, empfangen wir das nachstehende Schreiben,\*) dessen Veröffentlichung wir uns nicht verjagen wollen:

Halle a/S., d. 17. Octbr. 1868.

Geehrter Herr Redacteur!  
Von einer mehrtägigen Reise zurückgekehrt, finde ich das Breslauer Handelsblatt vor und ersehe aus Nr. 240 mit großer Freude, daß Sie, Herr Redacteur, sich für meine Vorfahrungen in Betreff der Mortalitäts- und Invaliditäts-Statistik warm

\*) Wir müssen unbedingt die Bescheidenheit ablehnen, die sich in vorstehendem Schreiben zu unrecht documentirt. Wir betrachten Herrn Dr. Wiegand für den intellectuellen Urheber der „Sduna“ und halten dafür, daß lediglich seiner geschickten technischen Leitung die schnelle Prosperität und Vertrauenswürdigkeit dieses Instituts zu verdanken ist.

intereffiren und für ähnliche Zwecke in Ihrem geschätzten Blatte thätig sind. Daß der Herr Handelsminister sich meinen Intentionen sofort geneigt gezeigt und das Nöthige veranlaßt hat, ist gewiß recht erfreulich; betäubend dagegen ist und bleibt, daß man als Privatmann solche Zwecke beim besten Willen nicht erreichen kann und erst eine Pression von oben her veranlassen muß, wenn man zum Ziele gelangen will. Es ist dies ein recht trauriges Zeichen dafür, daß unsere Zeit von Tage zu Tage mehr im Materialismus versinkt und für wissenschaftliche Forschungen immer unempfindlicher wird. Und wenn sich im vorliegenden Falle nur um eine rein wissenschaftliche Frage handelte, so sollte mich's noch nicht befremden, daß Dem und Jenem das Verständniß derselben abginge; so aber sind's grade vorzugsweise die Eisenbahn-Gesellschaften, welche aus den zu gewinnenden Resultaten zunächst einen praktischen Nutzen ziehen werden und gleichwohl wollte die Mehrzahl nicht einmal ihr eigenes Interesse begreifen. So hat es beispielsweise auch eine in Breslau domicilirende Direction nicht für nöthig gehalten, mir auf meine an sie ergangene Aufforderung zu antworten.

Wenn ich Ihnen, geehrter Herr Redacteur, bei dieser Gelegenheit ein Geständniß machen darf, so will ich Ihnen bekennen, daß meine geistige Sphäre überhaupt nicht bis zu der Höhe heranreicht, wo man eine wissenschaftliche Frage lediglich um ihrer selbst willen und unbekümmert um etwaige praktische Verwerthung bis zu ihren letzten Consequenzen verfolgt; ich stecke vielmehr so sehr im Utilitätsprincipie drin, daß stets mein Flug erlahmt, wenn ich erkenne, daß mein Forschen keinen weiteren Zweck als seinen Selbstzweck hat. Dieses Bekenntniß schließt mich natürlich von der Junft der Männer der reinen Wissenschaft aus, aber ich ertrage es gern, wenn man mich da nicht duldet, wo ich nicht hingehöre, und mir Eigenschaften abspricht, auf die ich keinen Anspruch habe. In diesem Falle befinde ich mich auch gegenüber der Eigenschaft, die Sie mir mit der Bezeichnung „ausgezeichneter Dirigent der Lebensversicherungs-Anstalt Sduna“ beilegen, da ich weder „Dirigent“ der Sduna bin, noch falls ich's wäre, ein „ausgezeichneter“ sein würde, da mein ganzer Lebens- und Bildungsgang mich für einen solchen Beruf nicht vorbereitet und fähig gemacht hat.

Es empfiehlt sich Ihnen hochachtungsvoll und ergebenst

Dr. Aug. Wiegand,  
techn. Director der Lebensversicherungs-  
Gesellschaft „Sduna“ zu Halle a/S.

— Wir werden um Aufnahme der nachstehenden Erklärung ersucht:\*)

Um irrigen Gerüchten hinsichtlich des Brandes in Rottenburg a. N. zu begegnen, geben wir hiermit folgende Darlegung des Thatbestandes:

Das Sautermeister'sche Magazin in Rottenburg a. N., welches von Herren Scharer u. Jäger in Gaunstatt und uns gemeinschaftlich gemiethet und zur Aufbewahrung und Präparation von Hopfen benützt war, ist in der Nacht vom 2. auf den 3. d. ein Raub der Flammen geworden; nur die Hopfen-Dörre, in welcher das Feuer nicht ausgebrochen sein kann, ist unverfehrt geblieben.

Das Object selbst war von dem Besitzer, Herrn G. Sautermeister, versichert. Die Herren Scharer u. Jäger und wir hatten zur Zeit des Brandes bedeutende Quantitäten Hopfen im Magazine liegen, wovon jedoch ein Theil gerettet wurde. Unser Eigenthum war mit fl. 36,000, — dasjenige der Herren Scharer u. Jäger mit fl. 30,000 — assicurirt. Der Brandschaden ist jedoch für uns weit unter oben erwähneter Pauschalsumme, und der Verlust der Herren

\*) Wir nehmen diese Erklärung zwar recht gerne auf, bemerken jedoch dem Herrn Einrunder, daß das Interesse hierorts für die Württembergische Privat-Assicuranz-Gesellschaft mehr als gering ist. Derartige Vorfälle, wie sie jene Mittheilung schildert, gehören bei uns zu den alltäglichen, sie nehmen die allgemeine Aufmerksamkeit in keiner Weise in Anspruch, allenfalls, daß von irgend einer Concurrenz-Gesellschaft der Versuch gemacht wird, daraus Capital zu schlagen. In dieser Beziehung treffen die Assuranz-Interessen des Nordens und Südens allerdings zusammen; allein, vorläufig aber auch eben nur in dieser Hinsicht.

Scharer u. Jäger erreicht deren Versicherungssumme noch viel weniger.

Zwar hat die württembergische Privat-Assicuranz-Gesellschaft in Stuttgart den Schaden der beiden Firmen bis jetzt noch nicht anerkannt, weil die Policen am Tage des Brandes noch nicht in unseren Händen waren, da aber die Anmeldung der Versicherung, sowohl von unserer Seite, als von derjenigen der Herren Scharer u. Jäger, am 18./20. September in richtiger Form, Statuten gemäß, geschah, und diese Anträge von der Gesellschaft vor dem Brande bereits angenommen waren, so sind wir der Ueberzeugung, daß unsere Entschädigungsansprüche voll anerkannt und wir nicht genöthigt werden, für unsere Ansprüche den Rechtsweg zu betreten, welcher um so sicherer zu unseren Gunsten entscheiden würde, als kürzlich in ganz ähnlichem Falle ein handelsappellgerichtlicher Entscheid vollständig zu Gunsten der Versicherten ausgefallen ist.

Hochachtung

Nürnberg und Strasburg, den 9. Octbr. 1868.  
Scharer u. Söhne.

— Stettiner Seeversicherungsgesellschaft. Nach dem Stettiner Handelskammerbericht von 1867 sind bei den in Stettin vertretenen Assuranz-Gesellschaften versichert gewesen:

	gegen Seegefahr	gegen Stromgefahr
1867	49,299,813 Thlr.	10,559,363 Thlr.
1866	46,543,392	8,964,072
1865	45,980,730	7,970,365
1864	40,486,518	9,296,706
1863	57,748,447	8,375,383
1862	70,824,409	9,032,669
1861	70,736,732	12,014,826
1860	50,236,126	16,539,928
1859	41,472,529	13,963,012
1858	38,278,233	12,535,089
1857	42,366,896	13,012,773
1856	34,504,645	15,580,567

Hinsichtlich der Seeversicherungsbranche ist hervorzuheben, daß auf einer zu Hamburg stattgefundenen Conferenz die seitherigen Versicherungsbedingungen, den Anforderungen der jetzigen Geschäftslage entsprechend, umgearbeitet und in dieser modificirten Form auch von den hiesigen Seeversicherungsgesellschaften adoptirt worden sind.

Stettin, 16. Oct. In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts erchien auf der Anklagebank der frühere Musikus, Rentier und Eigenthümer Rudolph Salpius aus Scholwin, der vorstehenden Brandstiftung beschuldigt. Der Angeklagte besitzt in Scholwin ein Grundstück von 6 Morgen Größe. Auf demselben befanden sich ein einfaches, mit Ziegeln gedecktes, aus Lehm und Steinfaserwerk gebautes Wohnhaus, 10 Schritte dahinter westlich eine Scheune, 2 Ställe, 1 Bienenschauer, 1 Schuppen und 1 Appartementsgebäude. Am 6. April d. J., Abends etwa um 8 Uhr, entstand auf diesem Grundstück Feuer, durch welches alle vorhandenen Baulichkeiten bis auf das Wohnhaus, welches nur im Innern einige Brandbeschädigungen erlitten hatte, in Asche gelegt wurden. Der Mühlenmeister Linnemann, den sein Weg gerade dort vorüberführte, hatte das Feuer zuerst bemerkt, es waren dann noch andere Personen hinzugekommen, die sich indessen nur noch darauf beschränken konnten, das Wohnhaus zu retten, da die übrigen Gebäude schon fast gänzlich heruntergebrannt waren. Sie fanden die vordere Hausthür verschlossen, die hintere zugekettelt, sämtliche Fenster zugemacht und die an der Vorderfront befindlichen Fensterläden zugehoben. Im Vorderzimmer stand eine Bettstelle mit stark brennendem Stroh, unter derselben befand sich ebenfalls brennendes Heu und Stroh. Eine zweite Brandstelle befand sich im hinteren Theil des Hauses. Hier brannte unter der Treppe klein gebautes Holz und Rten, auch die Treppe, deren Stufen mit Heu bedeckt waren, war angebrannt, die Treppensöffnung endlich mit Latten belegt und darüber Heu aufgehäuft. Auf den Treppenstufen wurden an mehreren Stellen fettige von Petroleum herrührende Flecke bemerkt. Alle diese Indicien schienen mit Sicherheit auf eine wohlüberlegte und sorgfältig vorbereitete Brandstiftung hinzuweisen. Der Verdacht fiel auf den Angeklagten, da er der Einzige gewesen war, welcher am Abende des Brandes etwa bis 5 Uhr in der Wohnung sich befunden hatte. Seine Frau war am Morgen des Tages mit ihrem jüngsten Sohne nach Stettin gefahren, die beiden ältesten Töchter befanden sich in Ver-

lin zum Besuch und die jüngste Tochter Hedwig hatte sich, wie die Anklage behauptet, um 2 Uhr Nachmittags in Begleitung ihrer Freundin Laura Schmidt nach Pöblich begeben. Ebendahin trat der Angeklagte etwa um 5 1/2 oder 5 3/4 Uhr seinen Weg an. Um 9 Uhr erhielt er in Pöblich die Nachricht von dem Brande durch den Maurermeister Kiebelbuch. Grund des Verbrechens sollte nach der Anklage Genußsucht gewesen sein. Der Angeklagte hatte das Grundstück im Frühjahr 1866 für 1200 Thlr. gekauft, im August 1867 bei der Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt für 1500 Thlr. versichert, nachdem er freilich vorher einige Bauarbeiten ausgeführt. Hier konnte demnach eine Ueber-Versicherung nicht gut angenommen werden, welche sich der Angeklagte nach der Anklage in Bezug auf die Mobilien hat zu Schulden kommen lassen. Diese hatte er nämlich incl. der Wirthschafts-Vorräthe, Thiere u. mittelst Police vom 5. August 1867 durch Vermittlung des Unter-Agenten Malermeister Fritsch zu Pöblich mit 2049 Thaler bei der Dresdener Versicherungs-Anstalt versichert. Davon kamen auf die Mobilien 1819 Thlr. und der Rest auf das Uebrige. Die Beweisaufnahme ergab indessen, daß der Angeklagte das von dem Unter-agenten Fritsch angefertigte Mobilien-Verzeichniß gar nicht selbst unterschrieben hatte und daß in demselben Gegenstände aufgeführt waren, welche nach dem eigenen Eingekändniß des Angeklagten sich nicht in seinem Besitze befunden hatten. Nach dem Brande liquidirte er den Verlust an Mobilien auf Höhe von 786 Thlr., wie die Anklage behauptet, zu hoch, da der Angeklagte manche angeblich gestohlenen Gegenstände gar nicht beissen habe. Die Staatsanwaltschaft hielt durch die Beweisaufnahme die Schuld des Angeklagten für erwiesen. Der Verteidiger, Herr Justizrath Dr. Zachariae, führte aus, daß zwar der objective Thatbestand einer Brandstiftung nicht bezweifelt werden könnte, dagegen sei keineswegs der Beweis geführt, daß der Angeklagte der Thäter sei. Es sei nur deducirt, daß derselbe den Brand angelegt haben könne. Der Angeklagte habe in gutem Rufe gestanden und sich in keinen schlechten Vermögensverhältnissen befunden. Einen erheblichen Vortheil habe er aus dem Brande nicht ziehen können, und es sei festgestellt, daß die zu hohe Versicherung hinter seinem Rücken erfolgt sei. Aus diesen und anderen noch näher bezeichneten Gründen beantragte der Verteidiger, das Nichtschuldige anzuspprechen. Dennoch lautet das Verdict der Geschwornen auf Schuldig und der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren.

**Stettin, 17. Octbr.** Beim Neubau des Betriebs-Gebäudes der Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Germania“ am Paradeplatz war von vornherein darauf Bedacht genommen, im Anschlusse hieran später das nach der Volkweberstraße zu gelegene Gebäude auszubauen, um erforderlichen Falles weitere Geschäftsräume zu gewinnen. Dieser Zeitpunkt ist, früher als man erwartete, eingetreten. Schon jetzt wird, das ältere Gebäude einem Ausbau unterworfen, und zwar sollen, wie wir hören, in den unteren Räumen Gewölbe für die Archive, im ersten Stockwerk aber neue Bureau angelegt werden.

**Coblenz, 17. Oct.** (Eine Muster-Feuerwehr.) Die „Coblener Ztg.“ schreibt: Die gestrige Polizeigerichtsitzung bot ein besonderes Interesse dadurch, daß in derselben über diejenigen Mitglieder unserer Feuerwehr-Mannschaft, welche nicht an ihrem betreffenden Versammlungsorte oder auf der Brandstätte bei Ausbruch des in der Gymnasialstraße in der Nacht vom 30. zum 31. August stattgehabten Brandes erschienen waren, abgeurtheilt wurde. Unsere Feuerwehr besteht aus 300 Mitgliedern, und waren hiervon 206 Mitglieder als nicht erschienen vorgeladen. Was das Strafmaß der ohne genügenden Grund nicht Erschienenen betrifft, so ward Jeder derselben zu einer Geldbuße von 1 Thlr. und in die Kosten verurtheilt. Freigeprochen wurden nur diejenigen der Mitglieder, welche entweder durch ein ärztliches Zeugniß ein Unwohlsein in besagter Nacht darthun oder durch Zeugen ihre Abwesenheit zu dieser Zeit beweisen konnten. Die geladenen Anführer oder deren Stellvertreter wurden fast sämmtlich freigeprochen, indem sie angaben, durch die betreffenden Nachwächter nicht „geweckt“ worden zu sein, was nach den Statuten der Feuerwehr zu geschehen hat.

**Kaldentirchen** (bei Krefeld), 13. Oct. (Brand.) Gestern Abend gegen 7 Uhr gerieth ein mit über 100 Str. Baumwolle beladener Waggon eines von Rotterdam kommenden Personenzuges, indem er die Mahbrücke passirte, an der Achse in Brand. Da man denselben zu spät bemerkte, wurde die ganze Befrachtung ein Haub der Flammen. Der Schaden ist mit 2000 Thlr. von der Düfeldorfer Transport-Versicherungs-Gesellschaft zu tragen.

— Die Greifswalder Immobilien- und Hagel-schäden-Versicherungs-Gesellschaft hat in dieser Woche in einer außerordentlich zusammenberufenen Commission gewisse Principien des Versicherungs-Wesens zur Discussion gestellt. Da die Staatsregierung ein Gesetz über das Versicherungs-Wesen vorbereitet, so wird die Gesellschaft Statuten-Veränderungen vor der Emanirung desselben nicht wohl eintreten lassen können. Für Gesellschaften auf Gegenseitigkeit hat namentlich für die Hagel-schäden-Branche die Frage eine große Tragweite, ob und inwieweit Rückversicherungen rathlich erscheinen.

— **Kosten der polizeilichen Wiftrung von Versicherungs-Anträgen.** Das Ministerium Westphalen hatte im Widerspruch mit dem Artikel 162 der Verfassung, wonach Staats- oder Communalbeamte nur auf Grund des Gesetzes Gebühren erheben können und im Widerspruch mit dem § 14 des Gesetzes über das Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Wesen vom 8. Mai 1837, wonach alle Verhandlungen stempel- und kostenfrei sind, welche sich auf Beschaffung der amtlichen Erklärung der Polizeibehörde beziehen, daß der Ausständigung einer Police oder eines Prolongations-Scheines in polizeilicher Hinsicht kein Bedenken entgegen stehe, unterm 30. October 1856 genehmigt, daß die Regierung zu Königsberg von den Hauptagenten der dort vertretenen Feuer-Versicherungs-Gesellschaften für jeden neuen Versicherungsantrag, als welcher jedoch ein Prolongationsantrag nicht erachtet werden sollte, den Betrag von 2/3 Sgr. annehme (!) und solchen für die betr. Polizei-Districts-Commissare als ein persönliches Emolument bewilligen und auszahlen lasse. Das Verfahren hatte sich bis in die neueste Zeit hinein erhalten. Darauf aufmerksam gemacht, hat das Ministerium des Innern unterm 9. d. M. die Regierung in Königsberg angewiesen, die Erhebung der fraglichen Gebühr sofort einstellen zu lassen. Unseres Wissens besteht eine ähnliche Gebühr nunmehr nur noch in Frankfurt a. D.

Dort hat die Polizeibehörde in der Person eines Auktions-Commissars einen s. g. polizeilichen Revisor der Versicherungsanträge ange stellt. Dieser soll sich für jede Revision 10 bis 15 Sgr. zahlen lassen. Der Abschluß von Versicherungen wird dadurch natürlich erheblich verteuert und resp. den Insituten erschwert. Verschiedene der letzteren haben denn auch, um diesem Uebelstande zu begegnen, mit der Polizeibehörde resp. mit dem polizeilichen Revisor ein förmliches Abkommen getroffen, wonach sie alljährlich ein Firmum zahlen, Gotha angeblich 50 Thlr., die bairische Hypothek-Wechselbank 20 Thlr. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß auch dieses Verfahren abgestellt werden wird, sobald es zur Kenntniß des Ministeriums des Innern gelangt.

**Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.** Auf Gegenseitigkeit gegründet im Jahre 1830. Vermögensbestand dieser Gesellschaft betrug Ende Sept. 1868: 2,760,000 Thlr. Die Geschäftsergebnisse vom 1. Januar bis 30. Sept. 1868 sind folgende: Eingegangen: 1999 Anträge zur Versicherung von 2,502,500 Thlr. Davon angenommen: 1618 Versicherungen mit 1,930,800 Thlr. Abgegangen durch Tod: 169 Personen mit 208,200 Thlr. Abgegangen aus anderen Ursachen: 239 Personen versichert mit 203,900 Thlr. Reiner Zuwachs seit 1. Januar d. J. 1192 Personen, versichert mit 1,518,700 Thlr. Versicherungsbestand Ende Sept. d. J. 12,387 Personen, versichert mit 14,464,500 Thlr. Die durchschnittliche Dividende beträgt 30 pCt.

**Wien, 17. Oct. (Wiener Waarenversicherungs-bank.)** Wie uns mitgetheilt wird, sind die Herren J. G. Rehbach, Director der „Ersten Wiener Spiegelglas-Gesellschaft“, und H. Ritter v. Maurer beim Ministerium des Innern um die Concession zur Errichtung einer Waarenversicherungsbank mit einem Capitale von einer Million Gulden österreichischer Währung unter dem Titel „Wiener Waarenversicherungs-bank gegen Brandschäden“ unter Beilage der Statuten und Versicherungs-Bedingungen eingeschritten.

— **Allgemeine Transport-Versicherungs-Gesellschaft zu Wien.** Die Gesellschaft hat, wie aus dem Wiener Handels-Register hervorgeht, den Zweck, für alle Schäden, welche Gütern oder Fahrzeugen während des Transports im In- oder Auslande zustoßen, zu versichern. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 50 Jahre vom Tage ihrer Constituirung festgesetzt. Der Vorstand ist der Verwaltungsrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht, gegenwärtig aus Moritz Pollak, Firma H. Pollak's Sohn (Vorsitzender); Gustav Springer, Großhandlungs-Procurist (Stellvertreter des Vorsitzenden); Felix Pfeiffer, Firma Felix Pfeiffer und Söhne; Theodor Ponzen, Directors-Stellvertreter des „Anker“; Theodor Bauer, Director der Niederösterreich. Escompte-Ges.; J. W. Gutmann, Firma Gebrüder Gutmann; Carl Deutsch, Kaufmann, sämmtlich in Wien. Als Director wurde von dem Verwaltungsrathe Herr Bruno Dittrich (bislang Ober-Inspector der Dresdener Transport-Verl.-Ges.) gewählt. Das Grundcapital besteht aus einer Mill. Gulden österr. W., und wird durch 5000 Actien a 200 fl. österr. W., welche auf den Ueberbringer lauten und untheilbar sind, gebildet.

**Allgemeine Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden in Carlsruhe.** Nach den Rechnungsergebnissen wachsende Leibrenten. Vermögen dieser Abtheilung nach dem Stand vom 31. Decbr. 1867: 6,440,044 fl. 13 Kr. Zahl der Einlagen 37,267. Die Versorgungsanstalt veröffentlicht, daß die am 31. Decbr. d. J. verfallenden Renten schon vom 26. Octbr. d. J. an bei der Hauptkasse oder den Geschäftsfreunden und Agenten der Anstalt erhoben werden können, und daß daselbst Rechenschaftsberichte und Prospective zu erhalten sind, aus denen die Größe der Renten ersichtlich ist. Die 25. Jahres-gesellschaft ist in Bildung begriffen und zählt bereits 342 Einlagen mit einem Einlage-Capital von

16,456 fl. 13 Kr. Wir laden zum Beitritt ein, welcher sowohl auf dem Bureau dahier als bei allen Geschäftsfreunden und Agenten der Anstalt geschehen kann.

Wir benutzen diese Gelegenheit, darauf aufmerksam zu machen, daß die Versorgungsanstalt außer den oben erwähnten Verträgen unter den billigsten Bedingungen auch alle Arten von Versorgungs- und Lebensversicherungsverträgen abschließt, demnach einfache Leibrenten, Pensionen, Studien- und Lehrgelder, Aussteuer-capitalien und dergleichen gewährt und Ueberlebensrenten, sowie Capitalien auf den Lebens- und Todesfall versichert. Auch bildet sie Kinder-versorgungsvereine\*).

— **Oberschlesische Eisenbahn.** Wie der Berl. Börs.-Courier meldet, ist man im Handelsministerium mit der Ausarbeitung neuer Propositionen für die Oberschlesische Eisenbahn, in Betreff jener Projecte beschäftigt, deren Ausführung unter den bisherigen Bedingungen von der Generalversammlung abgelehnt wurde. Das Handelsministerium soll geneigt sein, den Wünschen der Actionaire, wie sie in den Vorverhandlungen für die Generalversammlung zu mehrfacher Ausdrück gelangt sind, die weitgehendste Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen.\*)

**Berlin, 18. Oct.** Der Entwurf der neuen Substitutions-Ordnung enthält, der „G. S.“ zufolge, erhebliche und umfassende Änderungen der jetzt geltenden Bestimmungen, welche letztere in zahlreichen Gesetzen zerstreut sind. Um diese Gesetze nicht noch durch ein neues zu vermehren, welches jene Bestimmungen sämmtlich mehr oder weniger berührt; um die schon schon schwer überfüllte Rechtspflege nicht noch unübersichtlicher zu machen, ist der Weg der Codification demjenigen der Novelle vorgezogen worden. Die Codification gewährt zugleich die Gelegenheit, in der Praxis entstandene Streitfragen in angemessener Weise zur Erledigung zu bringen. Der neue Entwurf beschränkt sich allerdings nur auf diejenigen Landestheile, in welchen, abgesehen von Bezirken des ehemaligen Königreichs Hannover, die allgemeine Gerichtsordnung Gesetzkraft hat. In den übrigen Theilen der Monarchie hat sich theils für eine anderweitige Regelung des Substitutionsverfahrens noch kein Bedürfnis geltend gemacht, theils ist die Bedürfnisfrage noch nicht gehörig vorbereitet. Der gegenwärtige Entwurf bezieht sich nicht auf freiwillige Substitutionen, läßt also das durch die Verordnung vom 6. April 1839 und die hierzu erlassene Instruction geregelte Verfahren unberührt, weil ein practisches Bedürfnis zu dessen Beseitigung nicht hervorgetreten ist. Der Entwurf führt den Gang und die Wirkungen des Substitutions-Verfahrens und vermeidet jeden Uebergriff in das Gebiet des materiellen Rechts, um nicht ohne Noth die spätere Einführung des Gesetzes in andere Gebietstheile zu erschweren. Im Allgemeinen enthält der Entwurf folgende Änderungen der bisherigen Bestimmungen: Er vermeidet jede unnötige Verzögerung des Verfahrens, sowie jeden unnötigen Kostenaufwand, indem er z. B. die Leitung des Verfahrens mit geringen Ausnahmen in die Hände eines selbstständigen Einzelrichters legt, indem er das sogenannte Substitutions-Mandat und den § 24 der Verordnung vom 4. März 1834 beseitigt, von Aufnahme der bisherigen Taxe absteht, dem richterlichen Ermessen eine Verkürzung der Substitutionsfristen und eine Vereinfachung der Bekanntmachung gestattet, ungenügend begründete Fälle des Widerspruches gegen den Zuschlag nicht beibehält u. s. w. Für den günstigen Ausgang des Verfahrens, wird dadurch eine bessere Garantie gewährt, daß er dem durch die Umstände geleiteten richterlichen Ermessen größeren Raum zur Bethätigung in Bezug auf die Substitutionsfristen und die Veröffentlichung des Substitutionspatentes, wie auch hinsichtlich des Orts und der Zeit der Versteigerung einräumt. Der Gläubiger wird gegen nachtheilige Handlungen des Schuldners resp. zahlungsunfähige Ersterer in seinen Befugnissen dadurch mehr als bisher geschützt, daß er bestimmte Angaben der Wirkungen der Substitutions-einleitung und deren Ausdehnung auf den Substitutions-Ertrahenten erhält, auch wenn er keine Realforderung hat. Behufs Gewährung dieses größeren Schutzes sind auch strengere Grundätze in Bezug auf die Cautionsstellung aufgestellt und es ist das Recht zur Sequestration des

\*) Daß diese Versorgungsanstalt ein eben so gut fundirtes als vorzüglich geleitetes Institut ist, haben wir schon des Oefteren hervorzuheben Gelegenheit genommen.

\*\*) Diesen Mittheilungen entgegen hören wir, daß noch vor kurzer Zeit der Handelsminister einer Deputation, welche ein Eingehen auf die Wünsche der Actionaire erbeten habe, sehr wenig Entgegenkommen zeigte. Es wäre wünschenswerth, wenn die Direction der Oberschles. Eisenbahn klar über diese Verhältnisse berichtet und die Oeffentlichkeit und Presse nicht gar zu sehr vernachlässigen möchte, da sie denn doch bei der letzten General- Versammlung gesehen haben muß, wie wenig sie damit den Interessen der Bahn zu dienen im Stande ist. D. Red.



